

# Zürich baut die Entwicklungshilfe aus

Bei der Vergabe von Hilfsgeldern soll künftig stärker auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit geachtet werden

Die Stadt Zürich steckt in den nächsten Jahren statt 3 Millionen Franken rund 8 Millionen in die Entwicklungszusammenarbeit. Eine in Fachkreisen bekannte Hilfswerk-Chefin bezeichnet das allerdings als «Grössenwahn».

DANIEL FRITZSCHE

Die Stadtzürcher Stimmbevölkerung hat am Sonntag der sogenannten Ein-Prozent-Vorlage klar zugestimmt. Knapp 70 Prozent sagten Ja; alle Stadtkreise waren dafür. 0,3 bis 1 Steuerprozent soll die Stadt nun bei guter Finanzlage jährlich an Hilfsprojekte im Ausland spenden. Auch der Stadtrat hatte sich für die Erhöhung ausgesprochen.

Der Finanzvorsteher Daniel Leupi (gp.) freut sich denn auch über das klare Resultat. «Es zeigt, dass Zürich solidarisch ist und die Entwicklungszusammenarbeit als Gemeindeaufgabe ansieht.» Für die nächsten Jahre wird er jeweils 8 Millionen Franken zur Seite legen; in Zukunft könnten es auch mehr sein. «Die Bevölkerung findet, dass sich Zürich dies leisten kann und soll», sagt er.

Teil des neuen Gesetzes ist ein Passus, wonach bei der Vergabe der Hilfsgelder stärker auf Punkte wie Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz geachtet werden muss. Derzeit evaluiert die Stadt, wie sie dies am besten bewerkstelligen kann. «Klar ist, dass die heutige Organisation nicht mehr adäquat ist», sagt Leupi.

Heute kümmert sich eine Mitarbeiterin in der Stadtverwaltung mit 30 Stellenprozent um die Verteilung der Gelder. Einbezogen wird eine beratende Kommission. Unterstützt werden Pro-



Frauen in Uduthurai (Sri Lanka) lernen in einem von Schweizer Hilfswerken unterstützten Projekt, Fische zu trocknen.

KEYSTONE

jekte von der Trinkwasseraufbereitung in Burkina Faso über Bildungs- und Friedensförderung im Südsudan bis zum Schutz von Flussdelfinen in Kambodscha. «Mit der Erhöhung der Mittel kommen wir jetzt aber an eine Grenze», sagt der Finanzvorsteher. Derzeit sei ein externer Bericht in Bearbeitung, der bei der Entscheidung helfen werde, wie die Stadt in Zukunft aufgestellt sein solle. Sicher werde man die Zusammenarbeit mit dem Bund oder dem Kanton suchen.

## Kritik aus den eigenen Reihen

Dass die Stadt Zürich mehr Geld in die Entwicklungshilfe pumpt, hat sich in Hilfswerkskreisen bereits herumgesprochen. Obwohl erst ab Januar Anträge für Beiträge eingereicht werden können, liefen die Telefone in der Stadtverwaltung bereits im Abstimmungskampf heiss.

Diese Entwicklung freut nicht alle – teilweise auch solche nicht, die selber in der Philanthropie tätig sind. «Diese Buhlerei um Gelder kommt zum dümmsten Zeitpunkt», sagt Sonja Dinner. Sie ist die Gründerin der Stiftung «The Dear Foundation» mit Sitz in Affoltern am Albis, und wird die Umsetzung der Zürcher Vorlage genau beobachten. Ihr Hilfswerk hat Projekte in Afrika, Südamerika, dem Nahen Osten und Asien.

Die frühere IT-Unternehmerin kritisiert weite Teile der heutigen Entwicklungshilfeindustrie. «Wir brauchen eine klare Zäsur», fordert sie. Die traditionelle Auslandhilfe sei überholt. Millionen und Milliarden von Franken würden jährlich ohne oder mit sehr wenig Wirkung «verbrannt». Menschen würden von Spenden abhängig gemacht. Dabei müssten sie «auf die eigenen Füsse kommen».

Dinner setzt auf eine andere Form der Entwicklungshilfe: Statt Almosen sollen Kredite verteilt werden – vor allem an Frauen, die verantwortungsbewusster als die Männer damit umgehen. Wichtig sei, dass die Kredite an Bedingungen gekoppelt seien, etwa an den Besuch einer Bildungseinrichtung. Eine seriöse Kontrolle sei zudem unabdingbar. Leider sei diese Erkenntnis noch nicht in den Köpfen angelangt – auch bei der Uno oder der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) des Bundes nicht. Dass nun eine Stadt wie Zürich von sich aus meine, alles besser machen zu können, sei schlicht lachhaft. Zürich solle sich besser um die Armut in der eigenen Stadt kümmern, anstatt die Weltretterin spielen zu wollen. «Das ist Grössenwahn.»

Anders sieht es die Stiftung für Effektiven Altruismus. Die Organisation hatte 2016 in Zürich die Ein-Prozent-Initiative

lanciert, wonach ein Prozent des Gesamtbudgets der Stadt hätte gespendet werden sollen. Stadt- und Gemeinderat fanden diese Forderung überrissen. Sie formulierten den abgespeckten Gegenvorschlag, der nun am Sonntag an der Urne eine klare Mehrheit erhielt.

## Ja zu Sozialzentrum

Am Sonntag haben die Stadtzürcher über drei weitere Geschäfte abgestimmt. Überraschungen gab es keine; die Stimmbürger folgten dem Stadtrat. So wird in einer Liegenschaft an der Röschiachstrasse ein neues Sozialzentrum für die Kreise 6 und 10 eingerichtet. 70 Prozent sagten Ja zu einem 60-Millionen-Franken-Kredit. Weiter wird im Entwicklungsgebiet Manegg ein neues Schulhaus für rund 250 Schülerinnen und Schüler gebaut. Der Gesamtkredit beläuft sich auf 57,3 Millionen Franken und wurde von 89 Prozent der Stimmbevölkerung bestätigt.

Ebenfalls eine Zustimmung von 89 Prozent erhielt die neue Rechtsform für das Forensische Institut, die gemeinsame kriminaltechnische Abteilung von Stadt- und Kantonspolizei. Vorgesehen ist eine eigenständige Organisation, die künftig ein eigenes Budget hat und auch ziviles Personal anstellen kann.

## Viermal deutlich Ja in der Stadt Zürich

In Prozent

### Gegenvorschlag zur 1%-Initiative

Ja 69,7 Nein 30,3

### Sozialzentrum an der Röschiachstrasse

Ja 69,5 Nein 30,5

### Neubau der Schulanlage Allmend

Ja 89,1 10,9

### Neue Rechtsform Forensik

Ja 89,0 11,0

QUELLE: BFS

NZZ Visuals/brt.

## Die Horgner wollen, dass Horgen ein Dorf bleibt

jow./mvl. · Horgen erhält keinen modernen Parlamentsbetrieb. Mit 70 Prozent Nein- zu 30 Prozent Ja-Stimmen-Anteil haben die Stimmberechtigten am Sonntag eine Initiative bachab geschickt, die dessen Einführung gefordert hatte. Über politische Vorstösse berät weiterhin die Gemeindeversammlung. Die Stimmbeteiligung betrug rund 42 Prozent.

Das Anliegen aufgebracht hatte der Co-Präsident der Horgner SP, Alfred Fritschi, war Entwicklungshelfer mit Fokus auf demokratische Verwaltungsformen. Seine Wohngemeinde stehe diesbezüglich unterdurchschnittlich da, argumentierte er. An der Gemeindeversammlung entscheide eine Minderheit von 2 bis 3 Prozent der Stimmberechtigten und bestimme über ein Budget von über 230 Millionen Franken. Die Gemeindeversammlung bilde die Bevölkerung nicht ab. Tatsächlich ist erwiesen, dass an Gemeindeversammlungen Alteingesessene und alte Leute übervertreten sind.

Für das Anliegen starkgemacht hatten sich in Horgen lediglich die SP und die Grünen. Die übrigen Parteien stellten sich dagegen, ebenso die Exekutive. Die Gemeindeversammlung sei Tradition und ein Stück gelebte direkte Demokratie, lautete die Argumentation. Der Bürger könne sich direkt einbringen, statt alle vier Jahre Repräsentanten zu wählen. Das Missverhältnis von Einwohnerzahl und Versammlungsteilnehmern sei kein Problem: Wer wolle, könne ja teilnehmen.

Die Befürworter hatten versucht, jene schweigende Mehrheit zu überzeugen, die nicht an der lokalen Politik teilnimmt. Dieser Mobilisierungsversuch ist misslungen. Damit bleibt Horgen die mit Abstand grösste Zürcher Gemeinde, die kein Parlament hat. Und die Zahl der Parlamente im Kanton verharret bei 13. Zuletzt hatte Wetzikon 2013 das Parlament eingeführt. Dort hatten die Stimmberechtigten im sechsten (!) Anlauf dem Ansinnen schliesslich zugestimmt.

## Wädenswil macht Weg für neue Kantonsschule frei

jow. · Die Stimmberechtigten in Wädenswil sagen Ja zum Grossprojekt Au-Park. Der private Gestaltungsplan sieht vor, ein Industrieareal umzunutzen und dort unter anderem günstige Wohnungen zu bauen. Auch die neue Kantonsschule soll am selben Ort Platz finden.

Als «übertriebene Verdichtung» hatten die Gegner des Projekts den geplanten Au-Park in Wädenswil kritisiert. Der Widerstand von Grünen und Grünliberalen ist aber folgenlos geblieben. Rund 62 Prozent der Stimmberechtigten befürworteten den privaten Gestaltungsplan am Sonntag, 37 Prozent lehnten ihn ab. Die Stimmbeteiligung hat rund 44 Prozent betragen.

Nun kann das ehemalige Alcatel-Industrieareal umgenutzt werden. Geplant sind 200 bis 300 Wohnungen sowie Flächen für Gewerbenutzung. Ein Teil der Wohnungen soll unter den marktüblichen Bedingungen vermietet werden, zu stark vergünstigten Konditionen

für Leute mit wenig Einkommen. In der Mitte des Gebietes soll ein Park entstehen. Dieser soll nicht nur für Anwohner und Gewerbetreibende zugänglich sein, sondern der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. An den Park anschliessen soll eine neue Kantonsschule. Mit dem Bau der Schule waren alle einverstanden. Die Gegner der Vorlage kritisierten aber, dass die Bauherren mit der nun vom Stimmvolk gutgeheissenen Umzonung rund 20 Millionen Franken gewinnen und dafür mit rund 25 Prozent zu wenig Mehrwertabgabe bezahlen. Sie fanden es stossend, dass die Mehrwertabgabe nicht in Schule oder Verkehrsinfrastruktur fliesst, sondern für den vergünstigten Wohnungsbau genutzt werden soll.

Der Stadtrat und der Gemeinderat hatten das Projekt von Anfang an befürwortet. Die gemischte Nutzung sei quartierverträglich, die neue Kantonsschule Zimmerberg stärke den Bildungsstandort Wädenswil.

## Stadtzürcher Kirchenpräsidium noch unbesetzt

Am 9. Februar 2020 kommt es zum 2. Wahlgang.

DOROTHEE VÖGELI

Erstmals haben am Sonntag die reformierten Stimmberechtigten der Stadt Zürich und der Gemeinde Oberengstringen das Parlament und die Kirchenpflege an der Urne gewählt. Um das Präsidium der grössten Kirchgemeinde der Schweiz buhlten Michael Braunschweig, Annelies Hegnauer und Res Peter. Doch niemand erreichte das absolute Mehr von 4472 Stimmen. Am besten schnitt Annelies Hegnauer mit 3044 ab, vor Res Peter (2915) und Michael Braunschweig (2691).

Hegnauer und Peter, die nur 129 Stimmen auseinanderliegen, werden sich für den 2. Wahlgang am 9. Februar zur Verfügung stellen. Braunschweig hat sich noch nicht entschieden. Er werde die Situation zuerst mit seinem Unterstützungskomitee analysieren, sagte er auf Anfrage. Da es noch keine Erfahrungswerte zu derartigen Wahlen gebe, sei er über sein Resultat weder überrascht noch enttäuscht. Hegnauer zeigte sich sehr erfreut. Sie habe gute Chancen, auch im Februar wieder das beste Resultat zu erreichen und dank dem relativen Mehr gewählt zu werden, sagte sie am Sonntag.

Er sei überrascht – vor allem über die sehr tiefe Stimmbeteiligung von 16,8 Prozent, sagte Pfarrer Res Peter. Und er sei froh über den zweiten Platz. Das Resultat motiviert ihn, vor allem bei all jenen, die am Sonntag der Urne ferngeblieben sind, die «Klinken zu putzen». Stets sei klar gewesen, dass er alles gebe, um Präsident zu werden, hielt Peter weiter fest. Falls ihm dies im Februar nicht gelinge, werde er seinen Sitz in der siebenköpfigen Kirchenpflege abgeben.

In die reformierte Kirchenpflege gewählt sind: Barbara Becker mit 7212 Stimmen, Claudia Bretscher (7063), Annelies Hegnauer (6591), Michael Braunschweig (6358), Res Peter (6165), Michael Hauser (6129) und Duncan Guggenbühl (5301). Als überzählig ausgeschieden sind Anke Beinig-Wellhausen (4911) und Henrich Kisker (4475).

Die grösste Kirchgemeinde der Schweiz ist Anfang 2019 durch den Zusammenschluss von 32 reformierten Kirchgemeinden der Stadt Zürich und der Gemeinde Oberengstringen entstanden. Seither ist eine Übergangskirchenpflege im Amt. Eigentlich hätte sich die neue Kirchenpflege Anfang Januar 2020 konstituieren sollen. Weil es nun zu einem 2. Wahlgang kommt, wird dies erst am 1. April 2020 der Fall sein. Bis das höchste Kirchenamt besetzt ist, bleibt Andreas Hurter Übergangspräsident. Das neu gewählte Parlament mit 45 Sitzen tritt erstmals am 29. Januar 2020 zusammen.

ANZEIGE

FREIES GYMNASIUM ZÜRICH  
gegründet 1888

Von der Vorbereitungsklasse bis zur Maturität: anspruchsvoll und familiär

Die Privatschule fürs Leben

The monolingual and bilingual way at FGZ

www.fgz.ch